

# Werkausschuss

## Protokoll Nr. WA/03/2007

über die öffentliche Sitzung am 12.04.2007,  
Sitzungszimmer 601

---

Beginn : 19:30 Uhr  
Ende : 22:15 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Steffen Rotermundt

#### **Stadtverordnete**

Herr Horst Aschmann i.V.f. StVO Grassau  
Herr Rudolf Beyrich  
Herr Rolf Griesenberg  
Herr Rafael Haase  
Herr Tobias Koch  
Herr Gerald Wittkamp  
Herr Heino Wriggers

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Benjamin Stukenberg

#### **Verwaltung**

Herr Olaf Grönwald  
Herr Carsten Helberg  
Frau Sieglinde Thies  
Herr Henning Wachholz  
Herr Thomas Noell Protokollführer

### **Es fehlen entschuldigt**

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Uwe Grassau

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 02/2007 vom 08.02.2007
5. Projektstudie "Biogas"
  - Rückblick zur Besichtigung zweier Biogasanlagen
  - Aktueller Entwicklungsstand
  - Weiteres Vorgehen
- 5.1. Rückblick zur Besichtigung zweier Biogasanlagen
- 5.2. Aktueller Entwicklungsstand
- 5.3. Weiteres Vorgehen
6. Konzept zur mittelfristigen Entwicklung des Bauhofes
7. Verschiedenes
8. Kenntnisnahmen
9. Termin der nächsten Sitzung des Werkausschusses

## **1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Rotermundt begrüßt die Mitglieder des Werkausschusses und der Stadtbetriebe sowie Herrn Eigebrecht als Mitglied des Seniorenausschusses.

## **2 Beschlussfassung über die Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

## **3 Einwohnerfragestunde**

***- entfällt -***

## **4 Genehmigung des Protokolls Nr. 02/2007 vom 08.02.2007**

Das Protokoll wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

## **5 Projektstudie "Biogas"**

- Rückblick zur Besichtigung zweier Biogasanlagen
- Aktueller Entwicklungsstand
- Weiteres Vorgehen

### **5.1 Rückblick zur Besichtigung zweier Biogasanlagen**

Im Zuge der Besichtigung am 8. März wurden angeschaut:

1. Biogasanlage Wolfsburg, Betrieb auf Basis der Vergärung pflanzlicher Stoffe
2. Biogasanlage Hamburg-Stellingen, Betrieb auf Basis der Aufbereitung und Verwertung organischer Abfälle jeglicher Art

Der Technische Leiter zeigt einige während der damaligen Führungen jeweils vor Ort aufgenommenen Bilder, die er nach Bedarf kurz kommentiert. Die Besonderheiten der jeweiligen Anlage werden noch einmal kurz erläutert.

## 5.2 Aktueller Entwicklungsstand

Fragen zum Thema:

### **Müll aus der braunen Tonne für den Prozess verwertbar?**

Nach Aussage des Werkleiters ist diesem keine derartige Verwertung bekannt, nicht zuletzt wegen so genannter „Fehleinwürfe“, sodass selbst der Biomüll erst vorsortiert werden müsste. Ein Mitglied spricht sich grundsätzlich gegen eine andersartige Nutzung des Biomülls aus der braunen Tonne aus.

### **Kostenverhalten insgesamt linear?**

Bei Blockheizkraftwerken ab einer Leistung von 500 kWh kann von relativ linearem Anwachsen der Kosten bei wachsender Leistung ausgegangen werden.

### **Beteiligung**

In Wolfsburg ist ein Konsortium Betreiber und Eigentümer der Anlage. Der Werkleiter teilt mit, dass die Firma ETH grundsätzlich ebenfalls bereit sei, im Falle des Zustandekommens einer Biogasanlage, in eine derartige Beteiligung einzusteigen.

### **Vergleichbare Anlagen im Kreis?**

Für den Kreis Stormarn sind Anlagen, die das über eine Vergärung gewonnene Gas zur Verstromung einsetzen, um mit dem gewonnenen Strom und der Abwärme Klärschlamm zu trocknen, nicht bekannt. In Geesthacht wird der Bau einer derartigen Anlage derzeit geplant.

### **Anlagen-Abschreibungsdauer**

Zwischen 15 und 20 Jahre; eher 20 Jahre.

### **Energiegewinnung aus Biomasse**

Ein Mitglied des Ausschusses bekräftigt für seine Fraktion erneut die Forderung, die Energiegewinnung aus Palmöl in die aktuelle Wirtschaftlichkeitsanalyse einzubeziehen.

Innerhalb der Diskussion zum Thema gab es nachstehende Argumente:

### **Contra Müllverwertung**

Die bloße Vorstellung einer Anlieferung und Verwertung gemischten organischen Abfalls in unmittelbarer Nähe eines angrenzenden Wohngebietes erscheint eher „unappetitlich“ und daher nicht akzeptabel

Trotz einer höheren Energiedichte bei organischen Abfällen ist aufgrund der Anlieferung von derartigen Abfällen auch – und gerade bei notwendigerweise mitgelieferten Verpackungen (Fisch in Dosen etc.) – im Vergleich zur Anlieferung von Silage vermutlich von einem erhöhten Anlieferverkehr auszugehen.

Bei einer Anlieferung von Abfällen durchquert Lkw-Verkehr aus Richtung Autobahn und Bundesstraße eher die Stadt, während Lieferer von Mais-Silage von Norden die Stadtentwässerung direkt anfahren könnten.

Der Betrieb einer Anlage für die Abfallverwertung ist im Vergleich zur NaWaRo-Anlage nur mit einer umfänglicheren und gleichzeitig andersartigen Maschinenteknik zu erreichen, da die Abfallaufbereitung dem eigentlichen Gärprozess vorangeht.

Das Konzept einer müllverwertungs-basierten Biogasgewinnung ist in jedem Fall mit emotionalen Vorurteilen konfrontiert, unabhängig davon, ob überhaupt optische Beeinträchtigungen, Gerüche oder Lärm auftreten.

Fällt die dem Gärprozess vorgeschaltete Aufbereitung des Abfalls weg und kann ein fertig erstellter „Brei“ angeliefert werden, wäre das weitere Prozedere zwar mit der NaWaRo-Anlage vergleichbar, es ist aber zunächst von einem erheblich höheren Beschaffungspreis für den fertig aufbereiteten Rohstoff auszugehen.

#### **Contra Silage-Vergärung (NachWachsendeRostoffe):**

Im Vergleich und aus heutiger Sicht besteht ein höheres Preisrisiko bei der Beschaffung der rein pflanzlichen Rohstoffe.

Die Getreidepreise steigen rasch, weil landwirtschaftliche Anbauflächen knapp werden und z. B. Braugerste durch Maissilage verdrängt werden könnte (Annahme und Sekundärargument).

#### **Standpunkt Leitung der Stadtbetriebe**

Der Werkleiter äußert, dass man vor dem Hintergrund unterschiedlicher auszumachender Risiken eine vorsichtige und abwartende Haltung zu jeder der vorgestellten Prozessarten einnimmt.

### **5.3 Weiteres Vorgehen**

Der Ausschuss stellt abschließend fest, dass weitere Informationen abzuwarten bleiben. Hierzu gehören

- der Bericht des Ingenieurbüros mit erweiterten und aktualisierten Wirtschaftlichkeitsberechnungen

- eine Angebotseinholung für die Anlieferung auf der Basis von Müllverwertung fertig aufbereiteten organischem Gärsubstrat
- ein Gespräch mit Landwirten aus der Region am 19.04.2007 zur Versorgung einer NaWaRo-Anlage mit dem Silage-Jaheresbedarf, einer Zwischenlagerung der Jahresmenge und der Anlieferung
- Zusätzliche Maßnahmen zur Veröffentlichung einer Einladung für den 19.04.2007 über die Presse

Da es für die Realisierung eines derartigen Projektes (z. B. auch Gründung einer Gesellschaft/GmbH) der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bedarf, wird das Fertigen einer Beschlussvorlage als notwendig erachtet nachdem die noch fehlenden Informationen zur Verfügung stehen.

## **6 Konzept zur mittelfristigen Entwicklung des Bauhofes**

Die technische Leiterin des Bauhofs stellt ein Konzept zur mittelfristigen Entwicklung des Bauhofs mittels Bildschirmpräsentation und Erläuterung einer Tischvorlage vor.

Der Vorsitzende dankt der technischen Leiterin für den informativen Bericht.

Das Gremium kritisiert:

Die Tätigkeiten sind im Projekt „Bauhof 2010“ schon einmal vorgestellt worden, es fehlt der Zahlenbezug zu Kosten und Leistungen (WAB).

Zu wenig Grafik und strukturelle Inhalte (CDU)

Kein eigentlich neues Personalkonzept erkennbar, eher ein Festschreiben des Status Quo (CDU)

Des Weiteren hinterfragt der Vorsitzende:

Warum müssen Mitarbeiter einer Grünkolonne derselben ständig zugewiesen bleiben? Ist mehr Flexibilität möglich?

Warum wird die Hochbautischlerei ausgerechnet mit Spezialanfertigungen beauftragt?

In welchem Umfang werden von der Kfz-Werkstatt auch Aufträge externer Dritter erledigt?

Warum bleibt die Leitung im Rahmen der Überwachung einer Vergabe nicht ausschließlich in der Hand der Bauhofleitung sofern die Zuständigkeit anfänglich eindeutig übertragen wurde?

Von Seiten eines Teils der CDU-Fraktion wird die Wirtschaftlichkeit des Bauhofs als Ganzes erneut in Frage gestellt. „Bis zum heutigen Tag weiß man nicht, ob alle erbrachten Leistungen effizient und kostengünstig erbracht werden.“ Nach dieser Auffassung müsste ein Konzept für den Bauhof idealer Weise – bei entsprechender Fremdvergabe von Leistungen – die Darstellung der Möglichkeiten für einen schrittweisen Personalabbau bis hin zur kompletten Vergabe aller Leistungen des Bauhofs beinhalten. Danach gibt es keine heute vom Bauhof verrichtete Arbeit, die nicht auch von extern zu beauftragenden Unternehmen zu leisten ist. Wo ein Markt besteht, sollten Aufträge vergeben werden.

Als erster Schritt zu diesem Ansatz wird die Vergabe eines in sich geschlossenen Leistungsbereiches befürwortet (z. B. ein Pflegebezirk), dem sich weitere Vergaben anschließen sollen. Schließlich soll eine Art „Rumpfteam“ die Steuerung der Vergaben und die Überwachung der auszuführenden Arbeiten übernehmen.

Innerhalb der nachfolgenden Diskussion wird deutlich, dass ein allmähliches Auflösen des Ahrensburger Bauhofs mit dem Ziel kompletter Vergaben seiner Aufgabeninhalte nicht auf die Zustimmung der übrigen anwesenden Mitglieder des Werkausschusses stößt.

Der Vertreter der Fraktion der Grünen spricht sich im Namen seiner Fraktion prinzipiell für die Aufrechterhaltung eines Bauhofs aus. Eine besondere Motivation von Mitarbeitern des Bauhofs, die in der Stadt leben, in der – und für die – sie arbeiten, kann unterstellt und nachvollzogen werden.

Ein Vertreter der SPD-Fraktion spricht sich schon deswegen gegen eine komplette Fremdvergabe aus, weil aus anderen Quellen – nicht zuletzt aus eigenen Erfahrungen im Umgang mit dem Thema – ernst zu nehmende Probleme bekannt wurden, wonach die Beauftragung aufgrund vermeintlich günstiger Ausschreibungsergebnisse im Nachhinein zu Mehrkosten aufgrund geschickter Anmeldung von Nachträgen seitens der externen Auftragnehmer geführt hat. Abgesehen davon gilt es, den Mehrwertsteuervorteil sowie die heute nicht erfolgte Beaufschlagung von speziellen Verwaltungskosten abzuwenden. Allein diese beiden Aspekte stehen grundsätzlich für Mehrkosten von mindestens 30 bis 35 %.

Ein anderer Teil der CDU-Fraktion gibt zu bedenken, dass auch der Wille der Bürger von Bedeutung ist, was z. B. die prompte Erledigung von Arbeiten betrifft. Gerade unter dem Aspekt einer zügigen Erledigung so mancher Aufträge kann wohl von einer günstigeren Eigenleistung durch den Ahrensburger Bauhof ausgegangen werden. So genannte „Feuerwehraufgaben“ müssen teurer bezahlt werden, da ein Unternehmer Personal in der Regel nicht „auf Abruf“ vorhält.

Ein wesentlicher Aspekt gegen eine Auflösung des Bauhofes wird vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gesehen. Danach kann es nicht sein, bestehende ordentliche Arbeitsverhältnisse einfach gegen Hartz IV-Arbeitsverhältnisse auszutauschen. Dieses ergibt sich in der Folge zwangsläufig bei der Streichung von Stellen und der anschließenden Beauf-

tragung von zu günstig anbietenden Unternehmen, die keine gesunde Beschäftigungsstruktur mehr aufweisen.

Die Werkleitung verwies wiederholt auf die in den letzten Jahren erzielten Erfolge bei der Straffung und zunehmenden Mechanisierung von Arbeitsabläufen. Das Rechnungsprüfungsamt hat den untersuchten Leistungen des Bauhofs wenn auch nicht das „billigste“, so doch ein auskömmlich wirtschaftliches Kostenverhalten bescheinigt.

Einerseits gibt es konkrete Erwartungen an und ein Vertrauen in die Arbeiten des Bauhofs, andererseits wird unterstellt, dass externe Firmen günstigere und gleichzeitig bessere Leistungen erbringen. In dieser Situation ist es an der Zeit, so der Werkleiter, der Leitung der Stadtbetriebe per Gremienbeschluss aufzuzeigen, wie weiter zu verfahren ist.

Nach etwa 80 Minuten andauernder Diskussion stimmt der Werkausschuss dem Antrag zu, die Debatte zunächst zu beenden. Die Werkleitung wird gebeten, ein aussagekräftiges Zahlenwerk zu den einzelnen Leistungsbereichen des Bauhofs für die Jahre 2005 und 2006 zusammenzustellen. Die Mitglieder des Werkausschusses tragen das Thema zwecks weiterer Diskussion in ihre Fraktion.

## **7      **Verschiedenes****

***–   e n t f ä l l t   –***

## **8      **Kenntnisnahmen****

Der Werkleiter berichtet:

### **Investitionsvorhaben ERP-Software**

Die Geschäftleitung der Hamburger Wasserwerke vermochte es, den Vorstellungen der Werkleitung hinsichtlich einer wirtschaftlicheren Ausgestaltung der Zusammenarbeit zu entsprechen.

Aus diesem Grund kann die geplante Beschaffung einer eigenen ERP-Software für die Stadtbetriebe entfallen.

### **Ersatzbeschaffung eines Radladers**

Aufgrund eines Unfalls mit wirtschaftlichem Totalschaden muss ein etwa 16 Jahre alter Radlader zwingend ersetzt werden. Nach Abzug einer Teilerstattung des Schadens durch die Versicherung und unter Berücksichtigung eines Verkaufserlöses des Altgerätes bleiben für die Ersatzinvestition etwa 20.000 € zu tätigen. Die Mittel stehen aus der nicht umzusetzenden Maßnahme „Beschaffung ERP-Software“ zur Verfügung.

## **Übernahme von Dienstleistungen für Ammersbek**

Aus jüngsten intensiven Gesprächen mit Ammersbek ging hervor, dass Arbeiten im Bereich Kanal und Entwässerung komplett an die Stadtentwässerung Ahrensburg beauftragt werden sollen. Derzeit stehen zunächst Bürgermeisterwahlen an, bevor weitere Schritte eingeleitet werden.

### **9 Termin der nächsten Sitzung des Werkausschusses**

Die nächste Sitzung des Werkausschusses wird für den 10.05.2007, 19:30 Uhr in Raum 601 des Rathauses angesetzt.

gez. Steffen Rotermundt  
Vorsitz

gez. Thomas Noell  
Protokoll